

# Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementshdr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechstelblätigen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reklame 60 Pf.



Nr. 610. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trenkert.

Sonnabend, den 30. December 1876.

## Deutschland.

Berlin, 29. Decbr. [Amtlich es.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Ober-Finanzrath a. D. Gamet zu Berlin den Stern zum Roten Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Prof. Dr. Heype an der Universität zu Marburg, dem Stadtgerichtsrath Rieck zu Berlin, dem Bau-Inspector Danner zu Merseburg, dem Haupt-Steueramts-Controleur Seegers zu Friedland, sowie den Beigeordneten Fabrikbesitzer Croon und Mennier Belter zu M. Gladbach den Roten Adlerorden vierter Klasse; dem Major Herring, a. la suite des Magdeburgischen Fuß-Artillerie-Regiments Nr. 4 und Inspectoren des Artillerie-Materials, dem Rechtsanwalt und Notar a. D. Justizrat Lancelle zu Cleve, und dem Stadtbau-meister, Baurath Arndt zu Aachen, den königlichen Kronenorden dritter Klasse; dem Lieutenant zur See Galster I. und dem Kaufmann Fahrenkamp zu Köln den königlichen Kronenorden vierter Klasse; den Schulzen Reiter zu Wieslewo, im Kreise Megilno, Röbel zu Romans-hof, im Kreise Czarnikau, und Lüdtke zu Friedrichshorst, im Kreise Wirkow, dem Rathsdienner Kübler zu Hannover und dem gewerbstäglichen Kohlenmeister Klenner zu Weisstein, im Kreise Waldeck, das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Lieutenant zur See Hildebrandt, dem Kaufmann Carl Sträter zu Lüneburg, dem Unteroffizier Ramm im 8. Bonnereischen Infanterie-Regiment Nr. 61, dem früheren Musketier im 4. Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 72, jetzigen Kavallerie-Kompanie-Hauptmann Hermann Grantke zu Berlin, dem Musketier Theodor Denzel im 4. Westphälischen Infanterie-Regiment Nr. 17 und dem Füsilier Carl Adolf Langkamp im 5. Ost-preußischen Grenadier-Regiment Nr. 5 die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König haben den bisherigen königlich preußischen Unter-Staatssekretär Dr. Friedberg zum Staatssekretär im Reichs-Justizamt ernannt und ihm den Charakter als Wirklicher Geheimer Rath mit dem Prädikat „Excellens“ verliehen; und den bisherigen Geheimen Ober-Regierungsrath und vortragenden Rath im Reichskanzleramt Dr. Michaelis zum Director im Reichskanzleramt mit dem Range eines Raths erster Klasse ernannt.

Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Deutschen Reichs die von der Inspections-Versammlung Augsburgischer Confession zu Buchsweller am 6. September v. J. vollzogene Wahl des Cantonalarztes Dr. Kummer zu Ingweiler zum weltlichen Inspector der Inspection Buchsweller bestätigt.

Se. Majestät der König hat den Vice-Präsidenten des Ober-Tribunals Dr. v. Schelling zum Unter-Staatssekretär im Justizministerium ernannt; dem Justizdirektor B. Bils das Prädikat „Hof-Justizdirektor“; den Steinmeistern und Marmorwaren-Fabrikanten Brüdern Woldemar und Reinhold Thust zu Ober-Biebau II. bei Gnadenfrei in Schlesien das Prädikat als königliche Hoflieferanten; dem Kaufmann Nicolai Schirckoff zu St. Petersburg für sein Geschäft in Berlin das Prädikat eines königlichen Hoflieferanten; und dem Tischlermeister und Stuhlmacher Karl Kögel zu Wiesbaden das Prädikat eines königlichen Hof-Stuhlmachers verliehen.

Dem Realschul-Director Friedrich Kreybig zu Frankfurt a. M. ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden. Der seitlicher Kreis-Bundarzt Dr. Lebram zu Cöslin ist zum Kreisphysikus des Kreises Cöslin; und der Sanitäts-Rath Dr. Hermann Ludwig Müller zu Minden ist zum Kreis-Bundarzt des Kreises Minden ernannt worden. — Der Rechtsanwalt und Notar Leesemann zu Jobenbüren ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Delitzsch, mit Anweisung seines Wohnsitzes dafelbst; und der Rechtsanwalt und Notar Jauernit zu Czarnikau in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Lobsens mit Anweisung seines Wohnsitzes im Nadel verfeilt worden.

Berlin, 29. Dec. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute militärische Meldungen entgegen und hörten die Vorträge des Ministers des Königlichen Hauses, Frhrn. von Schleinitz, des Ober-Ceremonienmeisters, Grafen Stillfried und des Polizei-Präsidenten von Madai. Im Laufe des Tages empfingen Se. Majestät Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit den Kronprinzen, den Feldmarschall Frhrn. von Mantoux, den Flügel-Adjutanten von Bülow, Militärbevollmächtigten bei der Botschaft in Paris und den Baron von Rothschild aus Frankfurt a. M.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besuchte gestern das Augusta-Hospital und heute die Kaiserin-Augusta-Stiftung in Charlottenburg.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittags die Melbung des zum Commandanten von Posen ernannten General-Majors von Busse und einiger anderer Militärs entgegen.

[Ihre Kaiserliche und Königliche Hoheit die Kronprinzessin] wohnte Abends 6 Uhr der Aufführung in der Singakademie bei, während Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz mit Ihren Königlichen Hoheiten den Prinzen Heinrich, Waldemar und der Prinzessin Victoria die Vorstellung im Circus Salamonsky besuchten.

(Reichs-Anz.)

○ Berlin, 29. Decbr. [Zum Erbrecht. — Unmündige Verbrecher. — Zurückgekehrte Elsässer.] Im früheren Herzogthum Nassau und in den Gebietsteilen von Wiesbaden, welche zu dem Großherzogthum Hessen gehörten, bestehen gesetzliche Vorschriften, wonach Eltern vor zurückgelegtem 60. Lebensjahr, ohne zuvor eine Dispensation zu erlangen, ihren Grundbesitz an ihre Kinder nicht abtreten dürfen. Es liegt nun in der Absicht, diese obsolete Bestimmung aufzuheben und dem Landtag eine bezügliche Vorlage zu machen. — Das Strafgesetzbuch in seiner neuen Fassung gestattet, daß Personen, welche bei Begehung einer strafbaren Handlung noch nicht 12 Jahr alt sind, auf Grund eines Beschlusses der Vormundschaftsbehörde in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt untergebracht werden können. Das Gesetz nimmt hierbei auf die landesgesetzlichen Vorschriften Bezug. Da nun in Preußen über das zu beobachtende Verfahren und die Kosten der Unterbringung in solchen Fällen keine Vorschrift besteht, so finden wegen der Vorbereitung eines solchen zur Zeit Größterungen bei der Regierung statt. — Bekanntlich haben aus Elsaß-Lothringen viele Einwohner zur Zeit für Frankreich opiti, zum Theil auch der Wehrpflicht wegen, der sie sich gern entziehen wollten. Nun aber, nachdem die Zeit verstrichen während welcher sie dienstpflichtig waren, so daß sie davon frei wären, möchten sie wieder zurück, werden aber in Elsaß nicht angenommen. Nun versuchen sie, in irgend einem anderen deutschen Lande Aufnahme zu finden, was ja leicht zu bewerkstelligen ist, und dann nach dem Freizügigkeitsgesetz sich ruhig im Elsaß und in Lothringen niederzulassen. Damit nun das Gesetz nicht auf diese Weise umgangen werde, ist nach einer Verfügung des Ministers des Innern vom 14. Decbr. v. J. die Bestimmung getroffen, daß die betreffende Behörde vorher stets die Entscheidung des Reichskanzleramts anrufen soll.

= Berlin, 29. December. [Diplomatische Correspondenz. — Die Handelsverträge. — Die Ansprache der Nationalliberalen. — Die Jubiläums-Festlichkeiten.] In den letzten Tagen fand eine sehr lebhafte diplomatische Correspondenz zwischen den einzelnen Gouvernements der Großmächte statt. Als Gegenstand derselben wird die Occupation Bosniens bzw. Serbiens durch die Österreicher in einem event. Kriegsfalle

beachtet. Diese Angelegenheit soll auch der Grund der Berufung des hier accredited österreichischen Botschafters Grafen Carolyi nach Wien gewesen sein, obschon man der Berufung bekanntlich andere Motive unterlegt. Der Botschafter ist heute Morgen hierher zurückgekehrt und bleibt heute in seinem Hotel eine große Soirée, wo zu das gesammte diplomatische Corps, die preußischen Minister, viele hervorragende Militärs, Hofchargen u. c. geladen, sind. — Gegen Ende des kommenden Monats werden die näheren Verhandlungen zwischen der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung bez. der Erneuerung des Handelsvertrages beginnen. Bisher ist in dieser Beziehung nichts weiteres geschehen, als daß die Wünsche und Anträge der verschiedenen Bundesstaaten hier im Reichskanzler-Amte zusammengetragen worden sind, um darauf gestützt in die Verhandlungen mit Österreich eintreten zu können. Diese Erhebungen sind namentlich in Preußen von besonderem Umfang gewesen und bereits vor Wochen zum Abschluß gebracht worden. Man hält noch immer daran fest, die Schlussverhandlungen in Wien durch besondere Commissare führen zu lassen und zwar würden dieselben aus Preußen, Sachsen, Bayern und Württemberg berufen werden, doch dürfte über die Personensfrage noch nichts feststehen. Jedenfalls werden die Handelsverträge den nächsten Reichstag zu beschäftigen haben. — Der Wahlaufzug der nationalliberalen Partei war bereits gegen den Schluss der Session zwischen den hervorragendsten Parteiführern vereinbart worden. Es lag ursprünglich in der Absicht, sich lediglich auf einen Rechenschaftsbericht an die Wähler zu beschränken und sich von außerordentlichen Agitationsmitteln fern zu halten; die Angriffe Seitens einiger Berliner Organe der Fortschrittspartei schrieben indessen die jetzt eingeschlagene Richtung vor. Welche Wirkung die bisher erlassenen Proklamationen zunächst auf die Reichstagswahlen äußern werden, wird sich zu zeigen haben. Inzwischen wird sich das gespannte Verhältnis zwischen den beiden liberalen Fraktionen bereits im Abgeordnetenhaus in wenig liebhafter Weise geltend machen und zwar schon bei der Präsidentenwahl zum Ausdruck kommen. — Gestern haben die Hofmarschälle des Kaisers dem Monarchen Vortrag über die Jubiläums-Festlichkeiten am 1. Januar gehalten. Bis jetzt sind als Gäste des Hofes dazu angemeldet: der Großherzog und der Erbgroßherzog von Baden und die Großherzoge von Schwerin und Sachsen-Weimar, der Herzog von Anhalt, die Fürsten von Waldeck und Schwarzburg-Rudolstadt, die Prinzen Ludwig und Heinrich von Hessen, sämliche commandirenden Generäle werden sich mit den Feldmarschällen zur Beglückschwung vereinigen, der Kronprinz und der Prinz Friedrich Carl sich den letzteren anschließen.

[Die deutschen Auswanderer in Antwerpen.] Der „Reichsanzeiger“ meldet: Verschiedene Zeitungen haben unlängst mitgetheilt, daß der Priester Gurowski, dessen Name bei Gelegenheit der Vorgänge in Antwerpen bezüglich der dort in hüllose Lage gerathenen deutschen Auswanderer genannt worden ist, die demnächst nach Venezuela eingeschiffen Auswanderer dorthin begleitet habe. Von verlässlicher Seite verlautet bisher nur, daß der Genannte am 2. d. Mts. Antwerpen verlassen hat und nach Frankreich abgereist ist.

[Briefsendungen für S. M. S. „Preußen“] sind von heute ab bis auf Weiteres nach Kiel zu dirigiren.

[Zum 70-jährigen Dienstjubiläum des Kaisers Wilhelm.] Nur noch wenige Tage trennen uns von dem Jubeljahr, der bisher noch keinem preußischen Herrscher beschieden gewesen: dem 70-jährigen Militär-Dienstjubiläum des Kaisers Wilhelm, und die ganze deutsche Armee rüstet sich, ihrem obersten Kriegsherrn ihre Huldigung darzubringen. Der Stoff eines so viel bewegten militärischen Lebens ist überreich und läßt sich kaum in die Grenzen einer kurzen Chronik einzwingen. Die ersten militärischen Exercitien machte der Kaiser als 7-jähriger Knabe unter dem Unteroffizier Bennstein vom Bataillon Garde und dem Feldwebel Clerv vom Regiment Möllendorf, und vor 70 Jahren, am 1. Januar 1807, bei der Gratulation in Königsberg, welche die ganze königliche Familie um den schweigungsprüfenden Vater versammelte, wurde der noch nicht 10 Jahre alte Prinz Wilhelm, „da an seinem Geburtstage keine Gelegenheit sei, ihn ordentlich einzufleiden“, bestellt zum Fahnenjäger ernannt, erhielt jedoch das Patent erst in Memel an seinem 10. Geburtstage, den er im Krankenbett verlebte. Den ersten Dienst hat der neue Fahnenjäger bei dem jetzigen ersten Garderegiment am 3. October 1807 und erhielt Weihnachten 1807 unter dem Christbaum das Patent als Secondo-Lieutenant. Mit der Garde zog Lieutenant Wilhelm am 21. Januar 1808 in Königsberg ein, und dort bildeten die Söhne des Landhofmeisters v. Auerswald seine Gespielen. Als die königliche Familie nach Berlin zurückkehrte, marschierte Prinz Wilhelm am 23. Decbr. 1809 vor dem ersten Zug der Garde durch das Bernauer Thor mit in Berlin ein. Von da ab führte Prinz Wilhelm bei großen Paraden stets den zweiten Zug des Berlin bleibenden Bataillons des ersten Garderegiments. Für die weitere militärische Ausbildung des Prinzen sorgte Major v. Pich.

Auf dem Terrain des Parkes von Babelsberg erinnert eine vor 13 Jahren wiederhergestellte Schanze an die damalige Lehrzeit des Kaisers. Zu jener Zeit schrieb die Königin Luise an ihren Vater: „Unser Wilhelm wird, wenn mich nicht Alles trügt, wie sein Vater, einfach und verständig.“ Als die königl. Familie 1813 nach Breslau überstiegle und am 30. März der König mit dem Kronprinzen in's Feld zog, mußte Prinz Wilhelm wegen schwächerer Gesundheit noch zurückbleiben und wurde dem Gouverneur des Prinzen Carl, Major v. Minutoli, mit überwiesen. Auch als er am 15. Juni 1813 zum Premier-Lieutenant ernannt war, bat er noch vergeblich, mit ins Feld gehen zu dürfen und erst nach der Schlacht bei Leipzig, als Friedrich Wilhelm III. während des Waffenstillstandes seine Familie in Breslau besuchte, bemüßigte er dies Geschick unter gleichzeitiger Ernennung des Prinzen zum Capitän. Die Ausstellung eines Patents über dies Avancement ist im Oranje der Zeit damals vergessen worden und so kommt es, daß auf den Gedächtnistafeln des Eisenkreuzes in der Berliner Garnison-Kirche Prinz Wilhelm noch als Premier-Lieutenant verzeichnet steht.

Am 9. November 1813 sah der Prinz zum ersten Male ein Schlachtfeld, und zwar das bei Leipzig, wohnte am 1. Januar 1814 beim Übergang über den Rhein bei Mannheim dem ersten Gefechte bei und machte bei der Hauptarmee alle kriegerischen Actionen mit. In der Schlacht bei Bar-sur-Aube, am 27. Februar 1814, in welcher der Prinz befreit Erkundigung zu dem im heftigen Feuer stehenden Regiment Kaluga entzogen wurde, zeigte sich derselbe so mutig, daß ihm Kaiser Alexander am 5. März den St. Georgs-Orden IV. Klasse und sein Vater am 10. März (dem Geburtstage der Mutter) das Eisene Kreuz verlieh. Beim Kampf vor Paris blieb der Prinz wieder an der Seite des Vaters und zog als junger zweifach dekorierter Garde-Capitän in Paris ein. Am 30. Mai ejd. erfolgte sodann die Ernennung zum Major und am 7. August zog der Prinz mit dem Könige, Blücher, Tauentzien, Bülow u. c. in Berlin ein. Von da ab wurde Oberst v. Brause Gouverneur des Prinzen, der am 8. Juni 1815 durch den Hofprediger Dr. Ehrenberg zu Charlottenburg konfirmirt wurde. Beim Ausmarsch zum neuen Feldzuge 1815 stand Prinz Wilhelm an der Spitze des Füsilier-Bataillons des 1. Garde-Regiments, zog am 13. Juli zum zweiten Mal in Paris ein und feierte am 21. October das Siegesfest in Berlin. In die nun folgende lange Friedenszeit, in welcher der Prinz vielfache Reisen nach Petersburg (zur Vermählung seiner Schwester Charlotte), nach Holland, Weimar u. c. unternahm, fällt seine Ernennung zum Oberst am 30. März 1817, zum Chef des 7. Infanterie-Regiments und

des Regiments Kaluga, am 30. März 1818 die Ernennung zum General-Major, 1819 Siz und Stimme im Kriegs-Ministerium, 1. März 1820 die Ernennung zum Commandeur der I. Garde-Division, am 22. März 1825 zum commandirenden General des III. Armee-corps, und am 18. Juni ejd. die Ernennung zum General-Lieutenant. 1834 führte Prinz Wilhelm die Deputation der preußischen Armee nach Petersburg zur Enthüllung der Alexanderstatue und am 30. März 1838 erhielt er das General-Commando des Garde-corps.

Nach dem Tode Friedrich Wilhelms III. erfolgte am 12. Juni 1840 unter Verleihung der Titels „Prinz von Preußen“ die Ernennung zum Statthalter von Pommern, am 10. September ejd. bei der Huldigung in Königsberg die Ernennung zum General der Infanterie. Während der Reise des Königlichen Bruders nach England und Italien leitete der Prinz die Staatsgeschäfte und wurde am 10. März 1848 zum Generalgouverneur der Rheinprovinz und Westfalen ernannt. Nach den Stürmen des Jahres 1848 leitete er als Oberbefehlshaber die Operationsarmee in Baden, erhielt nach der Capitulation von Raftatt am 31. Juli 1849 den Orden pour le mérite und marschierte am 13. October an der Spitze der Garde-Landwehr wieder in Berlin ein. In die folgenden Jahre fallen größere Reisen nach Warschau, St. Petersburg, England und am 20. März 1854 erfolgte die Ernennung zum Generaloberst der Infanterie mit dem Range eines Feldmarschalls. Als zu Neujahr 1857 die Deputationen dem Prinzen zu seinem 50jährigen Militär-Jubiläum die Ehrenzeichen (Schild und Helm) darbrachten, erfolgte seine Ernennung zum Chef des 7. Husaren-Regiments. 1857—1861 stürmten dann die Sorgen des Herrschers auf den Prinzen als Regenten ein, die Militär-Reorganisation wurde vollendet und als Friedrich Wilhelm IV. am 2. Januar 1861 starb, bestieg König Wilhelm den Thron seiner Väter mit dem Versprechen: „Preußen in derjenigen Stellung zu kräftigen, welche es vermöge seiner ruhmvollen Geschichte, seiner entwideten Heeresorganisation unter den deutschen Staaten zum Heile aller einnehmen muss.“ Wie der Monarch dies Versprechen treu gehalten, zeigen die Ereignisse der letzten 12 Jahre, in welche zugleich die Glanzzeit der militärischen Laufbahn des Königs fällt.

In Betreff der gewaltigen historischen Thaten, die noch frisch in Aler Gedächtnis sind, wollen wir uns auf wenige Daten beschränken, welche den König als Militär betreffen. Nach der Eroberung der Düppeler Schanzen besuchte der König im April 1864 die Armee in Schleswig-Holstein, hielt eine Parade im Sundewitt ab, besuchte später die Marine in Swinemünde und feierte mit dem Siegeszug in Berlin am 17. December 1864 den Abschluß des ersten welterlöhnenden militärischen Triumphes, den Preußen nach fast 50jähriger Friedenszeit erzielt hatte. Es folgte das Jahr 1866 und die bekannten persönlichen Waffenstunden des fast 70jährigen Monarchen. Im Jahre 1867 folgte die Feier des 60jährigen Militär-Jubiläums, die Gründung des Norddeutschen Bundes und des Zollparlaments, Besuchreisen in die neuen Provinzen und endlich das Jahr 1870, in welchem der 73jährige Soldat abermals hinauszog und an den beispiellosen militärischen Großthaten der deutschen Armeen thätigen Anteil nahm. Wollte man den Kaiser in das Kriegstheater und in die wechselseitigen Scenen begleiten, die sich von dem Armeebefehl vom 2. August 1870 an bis zur Schlacht von Sedan, dem Sturz Napoleons, der Einnahme von Paris, dem Friedensschluß von Verailles, der Errichtung des Deutschen Kaiserreichs und dem Siegeszug in Berlin am 16. Juni 1871 vor den Augen Europas abspielten, so müßte man eine ausführliche Geschichte der Jahre 1870/1871 schreiben. In diesen letzten 12 Jahren ist die militärische Laufbahn so untrübar mit politischen Momenten durchwirkt, daß sie hier im Einzelnen nicht mehr geschildert werden kann.

Posen, 28. Decbr. [Der Weihbischof Janiszewski] war bekanntlich vor mehreren Monaten auf Grund des Gesetzes über die kirchliche Disciplinargewalt und die Errichtung des königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten vom 12. Mai 1873 von dem Oberpräsidenten der Provinz schriftlich unter Angabe des Grundes zur Niederlegung seines Amtes aufgefordert worden. Nachdem der Weihbischof binnen der gesetzten Frist nicht Folge gegeben, so hat der Oberpräsident vor einiger Zeit bei dem Gerichtshofe für kirchliche Angelegenheiten den Antrag auf Einleitung des Verfahrens gestellt. Gemäß § 27 des obigen Gesetzes ist alsdann auf das Erthören des Gerichtshofes von dem Posener Appellationsgericht ein etatsmäßiger Richter mit Führung der Voruntersuchung beauftragt worden. Die Verhören der Staatsanwaltschaft hat der Herr Cultusminister, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ erfährt, dem Regierungsassessor von Rheinbaben übertragen.

München, 28. Dec. [Neue Parteibildung.] In Deggendorf ist dieser Tage die erste Nummer der „Wochenschrift des Volksvereins in Bayern“ erschienen, herausgegeben vom kgl. Advocaten Hrn. Steyer, den die „Donauzeitung“ den leitenden Geist des Volksvereins nennt, der es auf nichts geringeres abgesehen habe, als eine neue Partei zu bilden, indem er als Aufgabe des genannten Vereins hinstellt, die extrem geschlossenen Parteien durch Verselbständigung des Urtheils zu zerbrecken und die berechtigten Ziele der beiden Parteien sich anzueignen, unter neuen Gesichtspunkte zu bringen und durch eigene Zuthaten zu einem lebensvollen fruchtbringenden Ganzen zu verbinden. Das wäre sohin eine Art Mittelpartei zwischen Liberalen und Ultramontanen. Ob aber zur Bildung einer solchen Partei gerade der jetzige Zeitpunkt ein sehr günstiger ist, läßt die „Augsb. Allg. Ztg.“ dahingestellt bleiben, obwohl es keinem Zweifel unterliegt, daß sich jedenfalls innerhalb der ultramontanen Partei das Bedürfniß nach neuen Parteibildungen fundiert.

## Frankreich.

○ Paris, 27. Dec., Abends. [Zum Budgetconflict. — Protest gegen das neueste Decret des Herrn Welche. — Statistisches.] Die Vorstände der republikanischen Gruppen der Deputirtenkammer unterhandeln unausgesetzt, um zu einer Verständigung in Sachen des Conflictus zu gelangen. Gestern hielten sie zwei Berathungen, die zu keinem Resultat führten. Die Vertreter des linken Centrums meinten, daß die Kammer nachgeben und die Rechte des Senats anerkennen müßte. Man brauche bloß einen der vom Senate wiederhergestellten Credite anzunehmen, und die obere Kammer werde sich mit dieser Genugthuung begnügen. Die Vertreter der gemäßigten Linken dagegen meinten, man solle sich einfach darauf beschränken, die vom Senat veränderten Credite en bloc zu verwerfen. Gambetta endlich und die anderen Mitglieder der äußersten Linken verlangten einen ausdrücklichen und motivirten Protest gegen die Annahme des Senats, und da diese Ansicht lebhaftem Widerspruch begegnete, verließ Gambetta das Conferenzzimmer. Heute Nachmittag wiederholte sich diese Discussion in der Budgetcommission der Kammer und Gambetta stieß wieder auf eine starke Opposition; der Bonapartist Raoul Duval leistete ihm Hilfe. Andererseits hatten auch die Vorstände der Linken eine Unterredung mit Jules Simon und der Consell-präsident gab aufs Neue zu verstehen, daß die Bekennung der Rechte des Senats

vor der Auflösung sich zu Concessions bequemen werden. Besonders Jules Ferry, Germinal und Alb. Grévy dringen auf die Annahme einer Transaction. Die Monarchisten und Bonapartisten sind natürlich höchst erfreut über diese Mißhelligkeiten ihrerseits der Mehrheit. — Man erzählt, daß eine Deputation der äußersten Linken sich beim Minister des Innern über das neue Beerdigungsreglement des Präfectorat beschweren wird, namentlich darüber, daß die am Grab zu haltenden Reden vorher in der Präfetur zur Einsicht einzureichen sind. — Die Stadt Paris hat, wie es scheint, bei der Weihnachtsfeier einen gewaltigen Appell bewiesen. Am Tage zuvor wurden in den Centralhallen verkauft: 69,000 Dufend Austern, 42,000 Brathähnchen, Kapauen und Rehähnchen, 16,000 Leberpasteten, 550,000 Krebs u. s. w. In der Nacht der Feier verkehrte Paris aber für 600,000 Frs. Schweinefleisch. Als Moral mag hinzugefügt werden, daß die Polizei gegen Morgen 782 Trunkenbolde in den Straßen aufgelesen hat.

Paris, 28. Decr. [Aus der Deputirtenkammer.] — Ablehnung des Gambetta'schen Antrages. — Die religiösen Congregationen. — Zu den deutschen Reichstagswahlen. — Fürst Hohenlohe.] Die Forderung Gambetta's ist gestern von der Budgetcommission mit 12 gegen 11 Stimmen abgelehnt worden. Die Wichtigkeit dieses Beschlusses springt in die Augen. Gambetta's Antrag ging dahin, daß man in den neuen Bericht der Budgetcommission eine Erklärung aufnehme, der Senat habe seine Befugnisse überschritten, indem er die von der Kammer gestrichenen Credite wieder herstellte. Damit sollte das Recht der Deputirtenkammer im Princip gewahrt werden. Aber die Mehrheit der Commission, die bisher in allen Stücken ihrem Präsidenten gefolgt war, zeigte sich zum ersten Male widerspenstig. Sie zog es vor, in der Kammer so zu verfahren, wie man im Senat verfahren war, d. h. die Principienfrage mit Schweigen zu übergehen. Man erkannte an, daß die obere Kammer ihre Berechtigungen überschreite, aber man beschloß, um des lieben Friedens willen ein Auge zuzudrücken. Dies hindert nicht, daß bei der nun erfolgten Abstimmung über die im Senat vorgenommenen Änderungen des Budgets diese Änderungen von der Commission sammt und sonders verwiesen würden. Wenn in diesem Stütze die Kammer ebenso handelt, wie die Budget-Commission, so ist der Conflict doch da; der Senat wird dann auch seinerseits auf seinen Ansprüchen bestehen. Aber da man einmal den Weg der Concessions betreten hat, so ist es sehr möglich und sogar wahrscheinlich, daß für einen oder den anderen der Credite, welche die obere Kammer neu eingeführt hat, auch bei den Deputirten sich eine Mehrheit finde. Wenn es sich dabei auch nur um eine winzige Summe, um ein paar Tausend Franken handelt, so würde der Senat sich befriedigt erklären; er wird immerhin die stillschweigende Anerkennung eines zweifelhaften Rechts erworben haben, und das ist fürs Erste schon viel. An und für sich ist die Niederlage Gambetta's in der Commission schon ein bemerkenswertes Factum. Die „République française“ zeigt sich natürlich sehr ausgebracht darüber. Sie hält sich an die Männer des linken Centrums. „Heute, sagt sie, scheinen gewisse Politiker keine andere Sorge zu haben, als diese, die Debatte, welche in der Deputirtenkammer stattfinden könnte, zu verhindern. Die Discussion über die Rechte der Kammer ist überall eröffnet; in der Presse, in den parlamentarischen Versammlungen, im Gerichtspalast, in allen Salons und allen Werkstätten; nur in der Deputirtenkammer darf man nichts darüber sagen. Die Schlauen geben sich die Miene von Verschwörern; man könnte ihr Treiben „die Verschwörung des Stillschweigens“ nennen. Diese Heimlichkeit ist zweier großer Versammlungen, wie dem Senat und der Kammer, unverständlich. Die schwebende Frage ist von zu großer Wichtigkeit, als daß sie nicht offen und am hellen Tageslicht debattiert werden sollte. Die Kammer wird einen Entschluß fassen, aber sie ist es sich und ihren Wähler schuldig, diesen Entschluß nur in vollständige Sachkenntnis zu fassen.“ So die „République“. Ihre Sprache beweist schon, daß Gambetta sich nicht für vollständig geschlagen erachtet und daß er von der Mehrheit der Budgetcommission an die Mehrheit der Kammer appelliren will. Die Verhandlung, die heute beginnt, wird allem Anschein nach eine interessante werden. — Die clerikalen Blätter ergehen sich in heftigen Deklamationen, weil im Senat ein gewisser Zusatzartikel des Budgets durchgegangen ist, welcher besagt, daß die Regierung eine Liste aller in Frankreich bestehenden religiösen Corporationen und Genossenschaften aufstellen soll. Die Minister hatten sämmtlich für diesen Artikel gestimmt, weswegen die „Union“ sie der „Freiheit“ beschuldigt. Die Dupanloup'sche „Défense“ meint, „daß eine solche offizielle Untersuchung durch die gegenwärtige Entfestigung der revolutionären Leidenschaften eine große Tragweite erhalten.“ Unmittelbar darauf folgt allerdings die „Défense“ hinzu, die Zählung der religiösen Genossenschaften werde nur den Eifer der katholischen Welt erhöhen; sie werde „die öffentliche Rehabilitation des Landes und des Jahrhunderts“ sein; was denn das Blatt Dupanloup's nicht abhält, zum Schluß auf Grimmgiese die Senatoren anzutreiben, welche für diese Rehabilitation gestimmt haben. Ebenso consequent urtheilt der ultramontane „Monde“. Er behauptet nebstbei, die Untersuchung werde nichts Neues ergeben; die Statistik der religiösen Genossenschaften sei vollständig bekannt; nie hätte die Kirche die Dessenlichkeit gescheut. Damit verhält es sich nun doch nicht ganz so. Es hat sich herausgestellt, daß weder im Ministerium des Innern noch in den Präfecturen seit 20 Jahren eine genaue Liste der Congregationen, religiösen Corporationen u. s. w. angefertigt worden. Die Regierung selber kennt weder ihre Zahl noch ihre Stärke. — Die „Débats“ und die „République“ beschäftigen sich heute mit den in Deutschland bevorstehenden Reichstagswahlen. Der Berliner Correspondent der „Débats“ setzt auseinander, daß Niemand über die Ereignisse der letzten vierzehn Tage mehr erfreut sein könne, als Fürst Bismarck, weil durch die Abstimmung über die Gerichtsreform jede Annäherung zwischen den Nationalliberalen und der Fortschrittspartei unmöglich geworden sei; daher die nationalliberale Partei des künftigen Reichstages, numerisch geschwächt, eine Anlehnung an die Conservativen werde suchen müssen. Die „République“ hat es hauptsächlich mit den Wahler in Elsaß-Lothringen zu thun. Sie polemisiert gegen die Autonomisten, prophezeit Herrn Schneegans, daß er in einen Abgrund fallen werde, „bis er die letzten Gefühle und Begriffe der Pflicht und des Vaterlandes verloren“, und dankt „den ehemaligen Mitbürgern, welche für Frankreich den Grund ihrer Seele und ihrer Neigung bewahrt haben, und welche dennoch die patriotische Pflicht übernehmen, gegen allmächtige politische Gegner zu kämpfen“ u. s. w. — Fürst Hohenlohe wird für Ende dieser Woche hier erwartet; er wird bei dem Neujahrsempfang im Elysée erscheinen.

Paris, 27. Decr. [Mit Bezug auf den Budgetconflict] schreibt man der „R. Z.“: Jules Simon, der entschlossen ist, zur Auflösung der Deputirtenkammer zu schreiten, falls dieselbe sich dem Willen des Senates in der Budgetfrage nicht unterwirft, äußerte gestern gegen einen seiner Freunde: „Ich will, daß die Kammer das Budget, wie es vom Senate beschlossen wurde, annimmt; wenn mir dies nicht gelingt, so werde ich die Auflösung der Kammer sofort in Vorschlag bringen!“ Ähnlich drückte sich Jules Simon in der Unterredung aus,

welche er mit den Präsidenten der drei Linken heute hatte. Sein ganjes Auftreten ist durch die Absicht beeinflußt, seinen Gegner Gambetta zu degradieren. Bei der Abstimmung der Kammer hofft er eine Mehrheit zu erzielen, die Gambetta unschädlich macht. Im Elysée ist die Umgebung des Marschalls im Nothfalle nicht abgesehen, den Congress zusammenzubufen, um die Streitfrage zwischen Senat und Kammer schlichten zu lassen. Im Falle der Auflösung wird ein Cabinet ans Ruder kommen, welches nach dem Sinne der clericalen Mehrheit des Senates ist. Jules Simon glaubt aber nicht an diese Möglichkeit, da er sich heute nicht allein für allmächtig, sondern für unentbehrlich hält. In dem Budget-Ausschusse der Deputirtenkammer erhielt Gambetta bereits heute eine Niederlage, da sein Antrag, die constitutionelle Frage in den neuen Bericht des Budgets aufzunehmen, mit 12 gegen 11 Stimmen verworfen wurde. Der endgültige Beschuß, welchen der Ausschus fügte, war dem Senate jedoch nicht günstig. Derselbe lautet dahin, der Kammer vorzuschlagen, alle Amendements des Senats zum Budget zu verwerten, ohne jedoch die constitutionelle Frage zu berühren. Ob Gambetta sich diesem Beschuß fügen und die constitutionelle Frage bei der Debatte nicht doch zur Sprache bringen wird, wird sich zeigen. Der Beschuß der Gauche Républicaine, die 220,000 Frs. für die Equipmentierung der Offiziere, welche nach Algerien gesandt werden, zu bewilligen, bietet ihm wenigstens eine gute Gelegenheit.

### Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 27. Decr. [Der Großvezier] hat an die Ottoman-Bank folgendes Schreiben gerichtet: „Die Türkei mußte sich, indem sie das constitutionelle Regime inaugurierte, natürlicherweise vor Allem damit beschäftigen, ihre Gesetze mit den Prinzipien dieser neuen Institutionen in Einklang zu bringen. Das Gesetz vom 16. October 1875, das in die Finanzverwaltung des Reiches eine große Verwirrung brachte, indem es dessen Credit erschütterte und das allgemeine Gefühl der Gerechtigkeit und Loyalität verletzte, muß schon von heute an als gänzlich abgeschafft (abrogirt) betrachtet werden, und die Regierung behält sich vor, den Kammern gleich nach ihrem Zusammentritte und nachdem sie schon früher ihren Gläubigern davon Mitteilung gemacht haben wird, ein neues Gesetz vorzulegen, das geeignet sein wird, den Rechten und Interessen der Besitzer ihrer Schulde die beste Garantie zu geben und so die Ehre des Reiches zu beschützen.“ (W. Fr.-Bl.)

Vera, 24. Dec. Morgens. [Die Proclamation der türkischen Verfassung.] Gestern wurde die neue Verfassung dem Volke von Stambul verkündigt. Eine eigenthümlichere Scene als diese hat man in der Hauptstadt des Islamismus niemals gesehen. Dem Charakter der Nation entsprechend, bildete die Scene ein eigenthümliches Gemisch von orientalischer Einfachheit und Grobhartigkeit. Als die Stunde heran kam, um welche die türkische Regierung vom autokratischen zum demokratischen System übergehen sollte, erschienen die Straßen zwischen dem Ministerium des Auswärtigen und der Hohen Pforte überfüllt. Da gab es Trachten, wie man sie nirgends in solcher Vereinigung zu Gesichte bekommt, Leute aus fast allen Nationalitäten, die unter der Sonne leben. Circassier in langen Mänteln, mohammedanische Frauen direkt verschleiert, Neger, Türken im Fes und im Turban, Griechen, Armenier, Araber, Franken — und dazwischen Fahrzeuge abenteuerlicher Art. Die Menge erströmte die Häuser, besetzte Fenster und Dächer; alle Gasthäuser in der Nähe waren occupirt; die Ruinen, welche die Feuersbrunst von 1863 zurückgelassen, verschwanden unter der Volksmenge welche sich auf ihnen festgesetzt hatte. Die Mitte der Straße nahm eine lange Reihe Wagen ein, vor welche herrliche Pferde gepaart waren und die meist den türkischen Großwürdenträgern angehörten. In den Wagen befanden sich auch zahlreiche vornehme türkische Damen, ganz wohl gekleidet und, wie selbstverständlich, tief verschleiert. Man denkt ringum noch die übliche Anzahl von Bettlern, Kindern, Straßenjungen und einige Abtheilungen Soldaten und man wird sich annehmen können, daß die Wille machen können.

Die Pforte ist ein großes Gebäude mit zahlreichen Fenstern, welche sämmtlich nach der Straße zu gehen. Über dem Centrum des Gebäudes war eine Loggia errichtet, mit reichen Draperien ausgestattet, über denen der Halbmond und der Stern erschien. Von hier aus überblickte man die Menge des Volkes, man blieb nicht nur über ganz Stambul, sondern auch über den Bosporus hinweg, bis nach Asien, bis zum Marmarameer selbst. Der Tag war prächtig — das Panorama ein unvergleichliches. Die Truppen kamen und nahmen Aufstellung. Die Musik begann die türkische National-Hymne zu spielen. Endlich um 1 Uhr verklungenen Fanfaren die Ankunft des Secretärs des Sultans, der zu Pferde erschien, umgeben von einem glänzenden Hof. Der Secretär brachte den kaiserlichen Firman, der in einer Envelope von rother Seide sich befand, die mit goldenen Schnüren und Edelsteinen verziert war.

Der Großvezier nahm die Envelope, lüftete dieselbe, führte sie an die Stirn und überreichte sie dann den übrigen Würdenträgern, welche in derselben Weise verfuhrten. Mit lauter Stimme verlas Mitah Paşa sodann die Constitution. Ringsum standen alle Würdenträger, jeder in dem prächtigen Costüm, das seiner Stellung entspricht. Da der Scheik-ul-Islam in einem weißen Mantel, mit Gold durchwirkt, neben ihm der jüdische Rabbiner mit einem blauen Turban von Silber durchwirkt und weiter ein armenischer Priester in seiner curiosen, malerischen Tracht. Ich kann unmöglich die Dekorationen sämmtlich nennen, doch bemerkte ich, daß die meisten in der Loggia anwesenden Personen das rothe Band des Medschidie-Ordens trugen oder das grüne Band des Osmane-Ordens. Eine kleine Pause trat ein, dann erschien der Imam der Pforte und recitirte mit lauter Stimme zehn Gebete. Wie er die Arme zum Gebete ausstreckte, folgten seinem Beispiel alle türkischen Anwesenden, ein tiefes „Amen“ erklang, während die Mufti eine feierliche Melodie spielte. . . . Dann kam ein Gebet für den Sultan Abdul Hamid, das mit lautem Jubel aufgenommen wurde. Plötzlich erklangen die Kanonen und verkündeten der Stadt, daß die Constitution proklamiert sei. Als die Nacht hereinbrach, war die Stadt illuminiert und ein großer Fackelzug bewegte sich nach dem Palaste des Sultans. Das Volk schien außer sich vor Freude, Musik überall, Feuerwerke, glänzende Decorationen und dazu das unvergleichliche Nachbild von Konstantinopel. Ein Zwischenfall blos störte die Schönheit des Festes — ein leichter Regen stellte sich ein und vertirb die Träger der glänzenden Festcostüme den Strassen. (Pr.)

### Provinzial - Zeitung.

I. Breslau, 30. Dec. [Zum Einwohner-Meldeamt.] Die Vorstände mehrerer Bezirksvereine wandten sich, wie bekannt, bezüglich des Einwohner-Meldeamts an das Polizei-Präsidium mit der Bitte, einzelne Bestimmungen der bezüglichen Polizeiverordnung abzuändern. Die Petitionen sind inzwischen auf ihr Gesuch beantwortet worden. Die Antwort des Polizei-Präsidiums weiß darauf hin, daß bei der Einrichtung des hiesigen Meldeamtes nicht allein die in anderen größeren Städten seit Jahren bestehenden bewährten Einrichtungen in Betracht gezogen worden sind, sondern daß auch das Bestreben vorgewahlt hat, die Bewohner, und namentlich die Hausbesitzer, so viel als möglich vor jeder unnötigen Belästigung zu bewahren. Demzufolge enthalten die Polizei-Verordnungen über das Meldebeamten im Vergleich zu den in anderen großen Städten geltenden Verordnungen wesentliche Vereinfachungen in den Meldebüchern und beschränkt sich lediglich auf die nothwendigsten Anforderungen, welche zur ordnungsmäßigen Durchführung einer zweckmäßigen Einwohner-Controle unentbehrlich sind. Die Bestimmungen derselben bezüglich der Meldepflicht mustern sich, lautet die Antwort des Polizei-Präsidiums weiter, „nothwendiger Weise, wie geschehen, an die gelegentlich bestehende Verpflichtung anschließen, daß ein jeder, welcher einem Anziehenden Wohnung oder Unterkommen gewährt, für die Ausführung der Meldung haftet. Wenn § 4 der Verordnung die Pflicht constatirt, so erleichtert § 18 dem Vermieter dieselbe dadurch wesentlich, daß ein jeder gehalten ist, in Bezug auf seine Person und seine Angehörigen alle zur Erfüllung der Meldebüchern erforderlichen Angaben zu machen. Diese Verpflichtung nur allein dem An- resp. Abziehenden zu überweisen, ist gesetzlich unzulässig und würde andererseits auch die Gefahr nach sich ziehen, daß die meisten An- und Abzüge nicht gemeldet würden, sicher aber ginge die nothwendige Controle derselben verloren. Der Vorschlag, den Vermietern nur die Meldung des Familienhäuses, des Mieters, und letzterem wieder das seiner Angehörigen aufzuerlegen, widerspricht ebenfalls den gesetzlichen Vorschriften, würde aber auch die Meldeformalitäten verdoppeln, folglich in er-

heblicher Weise erschweren und ganz ungerechtfertigte Belästigungen für die Bewohnerchaft zur Folge haben. Endlich kann auch dem Verlangen nicht Rechnung getragen werden, die Meldezettel nur einfach auszufüllen und über den Empfang derselben besondere Quittungen zu ertheilen. Die Duplicate des Meldezettels sind im Interesse der Staatssteuer-Verwaltung dringend geboten und müssen dem Magistrat hierfür fortlaufend regelmäßig übermittelt werden, während die Unitate derselben die Grundlage für das Einwohner-Meldeamt abgeben und bei diesem zur Verwendung gelangen. Quittungen über alle Meldungen im Zuführen würde die Anstellung von Ursachen, die zur Sache selbst nicht erforderlich und dennoch zu vermeiden sind. Sollte sich indeß, so schließt das Anwortschreiben des Polizei-Präsidiums, bei Handhabung der Melde-Polizei-Verwaltung die Zulässigkeit oder Zweckmäßigkeit einer Abänderung der Vorschriften in einem oder dem anderen Punkte zu Gunsten weiterer Bequemlichkeit der Einwohnerschaft herausstellen, so werde das Polizei-Präsidium stets gern bereit sein, die Initiative hierzu zu ergreifen.

[Professor L. Brentano] aus Breslau ist in Pforzheim als Kandidat für die Reichstagswahl aufgestellt; derselbe hat sich zur Annahme eines Mandats bereit erklärt.

[Hörner-Schlittenfahrt.] Die Hörner-Schlittenfahrt von den Grenzbauden nach Schmiedeberg ist eröffnet.

— Görslitz, 29. Decr. [Der Jahresbericht für den Communallandtag des königl. preußischen Markgräflthums Oberlausitz für das Jahr 1876,] wie ihn Landesbaupräsident v. Seydelwitz dem jüngst versammelten Landtage abstattete, beginnt mit einem Hinweis auf die Stockungen im allgemeinen Verkehr und deren labende Rückwirkung auf alle Geschäfte, knüpft aber daran die erfreuliche Mitteilung, daß trotzdem alle Zweige der ständischen Verwaltung nicht bloss ungefähr geblieben sind, sondern zum größten Theile auch so günstige Resultate ergeben haben, wie sie nur in besseren Zeiten zu erwarten gewesen wären. Besonders sind die beiden großen Geldinstitute, die communalständische Bank und die Sparkasse, welche den Verkehrströmmen am meisten ausgesetzt waren, in günstiger Lage geblieben und haben sehr befriedigende Resultate liefert. Trotz der Nachwehen aus den vorangegangenen Jahren und der in den laufenden Jahren erfolgten Einführung der Banknoten sind von der Bank im vorigen Jahre Überschüsse erzielt und für das laufende Jahr in Aussicht stehend, welche ausreichend, die daraus angewiesene Bedürfnisse zu decken. Bei einem Gesamtumfang von 177,828,742 Mark 35 Pf. und einem Kassematsatz von 105,416,003 Mark 82 Pf. im ersten Halbjahr 1876 ist ein Überschuss von 252,613 M. 55 Pf. erzielt, so daß selbst nach erheblichen Abführungen für zweckhafte Forderungen aus den Vorjahren der Bedarf der Landsteuerfasse auch in diesem Jahre aus den Überschüssen der Bank reichlich bestreitet werden kann. Die Einführung der Banknoten ist erfolgt, die gegen Aufgabe der Notenprivilegs beanspruchte Erweiterung der Befugnisse der Bank hat durch Sanction des Statutenvertrags die allerhöchste Zustimmung erhalten, eine Entschädigung für Aufgabe des Privilegs hat trotz aller Bemühungen bisher noch nicht erlangt werden können. Auch die Ergebnisse der städtischen Sparkasse im Laufe des Jahres 1875 sind recht günstig gewesen und rechtfertigen die in Aussicht genommene Herabsetzung des Zinsfusses bei Hypothekenleihen. Der Gesamtumfang der Sparkasse war im Vorjahr von 747,746 M. auf 12,950,426 M. gestiegen, der Reservesfonds belief sich auf 527,494 M. Im laufenden Jahre ist der Zugang etwas geringer gewesen, doch hat sich in den ersten acht Monaten des Jahres noch immer eine Steigerung von 305,736 M. gegen 345,309 M. im Vorjahr ergeben. Dabei sind die Rückzahlungen im laufenden Jahre besonders oft zu dem Zwecke gefordert, um damit Zahlungen bei Grundstückstläufen zu bewirken. Die mit der Sparkasse verbundene Realisationskasse hat 1875 4 proc. Obligationen in Höhe von 356,775 M. und 4½ proc. Obligationen in Höhe von 67,500 M. erworben, dieselben aber sofort wieder abgelassen, da fast immer im Vorraus Bestellungen darauf vorlagen. Während der ersten 8 Monate des laufenden Jahres sind 4 proc. Obligationen zum Betrage von 183,525 M. gelaufen und zum Betrage von 182,250 M. verlaufen, 4½ proc. in Höhe von 41,700 M. gelaufen und in Höhe von 37,200 M. verlaufen. Die eigentliche Verwaltung der Landsteuerfasse hat 1875 einen effectiven Überschuss von 11,874 M. geliefert, was durch eine effective Minderausgabe von 8518 M. gegen den Etat gegenübersteht, die fast ganz auf geringere Überschüsse der Bank zurückzuführen ist. — Die älteren Landshulden betragen Ende 1875 666,431 M. mit einem durchschnittlichen Zinsjahr von 4 per. — Das Stamm-Capital der Hilfsfasse, welche auch 1875 in erfreulicher Wirthschaft gestanden hat, ist auf 84,607 M. gestiegen, der Dienstboten-Hospital-Fonds auf 2338 M., der Pensions-Zuschuß-Fonds für emeritierte Geistliche, aus dem acht Jahres-Pensionen gezahlt werden, auf 39,925 Mark. — Das Seminar zu Reichenbach zählt 80 Böglinge, die von den Ständen subventionirte Präparandienanstalt zu Rothenburg 35 Böglinge. — Das Waisenhaus zu Reichenbach, in dem 21 Knaben und 13 Mädchen erzogen werden, hat den Erwartungen in vollem Umfange entsprochen. Das Vermögen der Anstalt ist auf 45,678 M. gestiegen. — Die Dispositionsummen für die Unterstützung von Volks-, Wander- oder Gemeindebibliotheken in der Oberlausitz sind verwendet, ebenso die dem landwirtschaftlichen Centralvorstand zur Prämierung von Aufforstungen ländlicher Grundstücke überwiesenen Gelder. — Die Errichtung einer landwirtschaftlichen Fachklasse bei der Gewerbeschule in Görslitz ist eben so wenig zu realisieren gewesen, als die Errichtung einer landwirtschaftlich-chemischen Versuchsstation, da die bewilligten Mittel sich als unzureichend herausgestellt haben. — Die ständische Feuer-Versicherungs-Sociät hat 1875 sehr günstig abgeschlossen. Der Bestand der Immobilienversicherung von 9,015,330 M. erreicht, und der Procentsatz der Zugänge in den besseren Classen sich gehoben. Bei der geringen Zahl der Brandhabschaften hat auf die früher contrahirte Schuld die Summe von 32,000 M. abgezahlt werden können. Auch 1876 verspricht einen günstigen Abschluß und hat im ersten Halbjahr einen erheblichen Überschuss gewahrt. — Das Landarmen- und Corrigendenvewen hat 1875 einen geringen Kostenaufwand als in früheren Jahren verursacht, nämlich 11,032 resp. 1520 M. — Nachdem der Bericht noch über die Verwaltung einzelner Stiftungsfonds Mitteilung gemacht, erwähnt er schließlich noch die Auflösung der Kohlsdorf-Laubener Chausseebau-Actiengesellschaft, bei der die Stände mit 15,000 M. beteiligt sind. Nach dem Bau der Gebirgsbahn hat diese Chaussee ihre eigentliche Bedeutung verloren, weshalb es den Besitzern nicht zugumtun ist, neue Opfer für dieselbe zu bringen.

X. Neumarkt, 29. Decr. [Tages-Chronik.] Vorgestern fand wieder eine Volksversammlung im Baum'schen kleinen Saale statt, wozu die Einwohnerchaft durch brennend rothe Plakate eingeladen wurde. Sprecher war diesmal ein Herr J. Krämer, der ein gutes Rednertalent besaß, dennoch aber in vieler Hinsicht von den Anwesenden in seinem Behauptungen und Aufstellungen gründliche Widerlegungen sich anhören mußte. Diese im Allgemeinen interessante Debatte hatte wie die frühere auch zu keinem Resultat geführt. Die Versammlung war ziemlich gut besucht. — Die Kälte ist dahin, gestern hatten wir tiefen Regen, wodurch die Wege sich bedenklich glätteten, heute dagegen den heitersten Tag des ganzen Monats.

— Hirschberg, 29. Decr. [Wahlen.] — R. v. Schlagintweit. — Thauwetter. Seitens der Lehrer-Mitglieder der hiesigen Kreisvorstände der Schlesischen evangelischen und katholischen Elementarlehrer-Wittwen- und Waisenfond-Director Pohl-Schreiberhau, Director Krämer-Gießberg und Spediteur Sachs-Hirschberg wieder gewählt wurden. — Seitens der stimmberechtigten Mitglieder der hiesigen evangelischen Kirchengemeinde fand gestern im Saale des Kantorhauses hierfür bestehende Beratung der bevochsenen Wahlen für den Kirchenrat und die Geme

erstattet. Auf dem Gebiete der eigentlichen Kreisverwaltung ist das Jahr 1876 im Besonderen dazu benutzt worden, die im Jahre 1875 gesetzten Beschlüsse des Kreistages, welche sich auf fast alle Zweige der Kreisverwaltung erstreckten, in sachgemäßer Weise zur Ausführung zu bringen. Hierzu zu beobachten ist hierbei, 1. der Bau des neuen Kreishauses. Nachdem unterm 29. October d. J. der Kreistag beschlossen hatte, ein neues Kreisverwaltungsgebäude mit einem Kostenantrage von 165,000 Mark zu errichten und diese Summe in der Sitzung vom 27. März d. J. zur Bekreitung der Ausgaben für die innere und äußere Einrichtung des Hauses um 6000 Mark erhöht hatte, ist am 11. Juli d. J. von der hierzu bevollmächtigten Kreis-Commission mit dem Maurermeister Jäger ein Vertrag abgeschlossen worden, kraft dessen sich der selbe verpflichtet, den Bau des Haupt- und Neben Gebäudes nach Maßgabe der auf 162,222 Mark abschließenden Anschläge, sowie die Ausführung der in dem Anschlage nicht begriffenen, zu äußeren und inneren Einrichtung erforderlichen Nebenarbeiten für ein Bauplatzquantum von 154,800 Mark zu übernehmen. Hierzu treten für die Erwerbung des Bauplatzes 16,200 Mark, sodass die bemühte Gesamtkosten Summe von 171,000 Mark, abgesehen von 265 Mark Gerichts- resp. Stempel-Kosten, nicht überschritten wird. Der Bau selbst ist inzwischen so weit gefördert worden, dass das Haupt-Gebäude unter Dach gebracht worden ist und nunmehr mit dem inneren Ausbau vorgegangen werden kann. Das Nebengebäude ist, mit Ausnahme des äußeren Putes, vollständig hergestellt und ebenso sind die Erdarbeiten vollen. Anlangend die Zahlung der Baustoffe, welche vertragsmäßig in Raten bis zur Höhe von 90 p. c. der wirklich geleisteten Arbeiten zu erfolgen hat, so sind bisher 105,000 M. gezahlt worden. Zur Deckung derselben hat zunächst der Bestand an Wertpapieren im Nominalbetrage von 18,900 M. Verwendung gefunden, während der Rest aus den vorhandenen disponiblen Beständen und zum Theil auch aus dem von der Provinzial-Hilfskasse für Schlesien in 4½ proc. Provinzialhilfsklassen-Obligationen aufgenommene Darlehen von 101,000 M. gedeckt worden ist. Von letzterem sind zur Zeit noch 76,500 M. unveräußert im Tresor vorhanden. Der Verlauf des alten Kreishauses, dessen Erlös gleichfalls zur Deckung der Baustoffen bestimmt ist, soll im Frühjahr nächsten Jahres stattfinden. 2. Die Überführung der Kreis-Kranken aus dem alten Kreis-Krankenhaus zu Neustadt in die hierzu gemieteten Räume des städtischen Krankenhauses hat am 1. Januar d. J. ohne Schwierigkeit stattgefunden; die Combinirung beider Anstalten hat sich vollkommen bewährt. 3) Kreisblatt-Berwaltung. Die Auflage des Blattes belief sich auf 1000 Exemplare, von denen 796 an die Behörden des Kreises, bzw. zur Auslegung in den Gast- und Schantwirthschaften unentgeltlich verabschiedet werden. 4. Wege-Berwaltung. Mit den zur Verfügung gestellten Mitteln haben unter entsprechender Beteiligung der zunächst verpflichteten Gemeinden und Gutsbezirke eine Reihe wichtiger Wegestrassen vollständig neu gebaut werden können, während außerdem noch zur Instandsetzung einzelner anderer Wege Beihilfen bewilligt worden sind. Neugebaut sind überhaupt fast 20 Kilometer Wege. Außerdem sind die schwarze Brücke im Schlesierthal und fünf kleinere Brücken massiv hergestellt worden. Hierbei ist zu erwähnen, dass die Aufhebung des Wegebaufonds sichtlich gute Wirkungen gehabt hat und dass in fast allen Amtsbezirken eine höhere Sorgfalt auf die Instandhaltung und Instandsetzung der Wege verwendet worden ist, wie früher. Die Berwaltung der allgemeinen Landes-Angelegenheiten betreffend, so ist bezüglich der Gemeinde-Berwaltung zu bemerken, dass auch in diesem Jahre durch den Kreisausschuss fortgesetzte Revisionen des Gemeindestatut- und Rechtsweisen an Ort und Stelle die Notwendigkeit umfassender Reformen auf diesem Gebiete klar gezeigt haben. Der Kreisausschuss hat sich daher veranlaßt gesehen, eine andernweite Instruction zu erlassen, welche anordnet, dass fortan in allen Gemeinden ohne Unterschied Etats aufzustellen sind, dass ferner regelmäßige Revisionen der Gemeinde-Kassen durch dazu gewählte Commissionen stattzufinden haben und endlich die Gemeinde-Abgaben in monatlichen Raten zu erheben sind. Bei der Revision der bestehenden Gemeinde-Beschlüsse über die Erhebung der Gemeinde-Abgaben hat sich herausgestellt, dass in 34 Gemeinden zu Recht bestehende Gemeindebeschlüsse nicht vorhanden waren und ebenso wenig eine rechtmäßige Oberbürde über die Heranziehung der Gemeinde-Angehörigen zu den Gemeindelasten nachgewiesen werden konnte. In Folge dessen sind diese sämmtlichen Gemeinden aufgesondert worden, anderweit hierüber zu beschließen. Von 83 streitigen Berwaltungssachen hat der Kreisausschuss nach stattgefunden einer mündlicher Verhandlung 80 entschieden. In 15 Fällen wurde bei dem königlichen Bezirks-Berwaltungsgesetz gegen die Entscheidung des Kreisausschusses Berufung eingereicht und durch das letztere in 10 Fällen die Entscheidung bestätigt. Der Kreisausschuss hat in 23 gewöhnlichen Sitzungen 407 Sachen, der Kreistag in 3 Sitzungen 21 Vorlagen berathen. Außerdem haben noch Sitzungen der Kreis-Commissionen stattgefunden.

○ Trebnitz, 28. Decbr. [Zur Tageschronik.] Am gestrigen Tage stand wiederum der orisübliche „Gesinde-Markt“ oder, wie der Local-Ausdruck besagt, „Muzelmärkt“ statt. Derselbe war ziemlich zahlreich besucht und schien das Geschäft auch dies Mal recht abgewandt worden zu sein. Mag immerhin diese Art der Vermietung ihre praktische Seite haben, so liegt unbestreitbar in der Schaustellung und Vorführung der zu vermietenden Individuen, in diesem Bieten und Handeln doch entschieden etwas die menschliche Natur entzückendes und diese im Jahre hier zweimal stattfindenden „Gesinde-Märkte“ machen den Eindruck wie in europäische Zustände überlebte „Scalavennmärkte“. Die zunächst beteiligten Individuen sehen das freilich nicht ein, im Gegenteil stehen diese „Muzelmärkte“ roth angestrichen in ihrem Kalender; denn sie identifizieren sie mit den dabei unvermeidlichen Bedereien, die dann leider oft in Schlageren ein trauriges Ende nehmen. Schaden könnte es daher wahrlich nicht, wenn die betreffenden Behörden doch nun endlich auf Abstellung einer Einrichtung Bedacht nähmen, die nur einmal nicht mehr zeitgemäß ist. — Schon wieder hat sich in Schleiden ein toller Hund gezeigt und ist dann über Manternich nach Probotschütz geläufen, wo er getötet wurde. In beiden Ortschaften hat er mehrere Hunde gebissen, in Folge dessen die Amtsverwalter des Amtsbezirks Lützen und der mit diesem Bezirk grenzenden Amtsbezirke anordneten, dass alle von dem tollen Hund gebissenen Hunde sofort getötet und die übrigen Hunde der erwähnten Bezirke für die Dauer von 6 Wochen eingesperrt oder an der Kette gehalten werden müssen. — Vor Kurzem wurden auf der Chausseestraße zwischen Malzdöß und Braunsdorf 29 Stück junge Obstbäume durch ruchlose Hände umgebrochen, weshalb die königliche Regierung Demjenigen, welcher zur Ermittlung der Thäter in der Weise beiträgt, dass die gerichtliche Bestrafung derselben erfolgen kann, eine Prämie von 30 Mark auszahlt. — Für die katholischen Schulen in Frauenwaldau und Kleinkraubau ist der Rentmeister Lachnit zu Brustawie von der königl. Regierung zum Local-Schulinspector ernannt worden. — Herr Landrat von Salitz, welcher vom 23. d. M. bis zum 2. Januar d. J. aus dem hiesigen Kreise abwesend ist, wird während dieser Zeit mit Genehmigung der königl. Regierung durch den Kreis-Sekretär Casper vertreten. — Zum Zweck der Reichstagswahl ist unsere Stadt in zwei Wahlbezirke geteilt und werden die Herren Bürgermeister Kunzendorf und Beigeordneter Puschmann als Wahlvorsitzende fungieren.

△ Dels., 28. Decr. [Versammlung liberaler Wähler.] Die gestern hierorts abgehaltene Versammlung liberaler Wähler wurde von dem Vorsitzenden Dr. Reich mit einer höchst gebieterischen vom Herzen zu Herzen dringenden Ansprache eröffnet, in welcher derselbe darlegt, dass das liberale Wahl-Comitee Herrn v. Kardorff gegenüber keinerlei Verpflichtungen eingegangen sei, das das Comitee, welches zu dieser Versammlung eingeladen, das einzige legale Comitee für den Wahlkreis ist, und dass die liberale Partei im Wahlkreis Dels-Wartenberg sich selbst opfern würde, wenn sie einem Conservativen ihre Stimmen zuwenden wollte. Redner schildert dann Schulze-Delitzsch als den Kämpfer für Recht und Freiheit, den reinen Charakter, den man vor verehren und den zu wählen dem Wahlkreis vor ganz Deutschland Ehre machen würde. Zu Gunsten Kardorffs ergriß nun das Wort Rechtsanwalt Dr. Petrus (Dels.), der im Eifer für seinen Kandidaten sich dahin versteig, den wirtschaftlichen Rückgang des Landes der Fortschrittspartei zuzuschreiben und Kardorff auf dem Gebiete der Volkswirtschaft für eine größere Capacität erklärte als Schulze-Delitzsch (1). Durch diese und ähnliche Provocationen ließ sich die Versammlung nicht bewegen Gleicher mit Gleicher zu dergelten; vielmehr widerlegten die Herren Dr. Reich, Rechtsanwalt Petrus, Dr. Wieczorek und Oberamtmann Steiner alle Ausführungen des Dr. Petrus mit so viel Klarheit und Objectivität, dass sie völlig in Nichts zerfielen, und möchten die niederschmetternden Widerlegungen wohl der Grund sein, dass, während bei der Abstimmung fast alle Abgeordneten sich für Schulze-Delitzsch erhoben, bei der beantragten Gegenprobe mehrere Anhänger Kardorffs nicht einmal sich offen als solche bekannten. Es wird also die liberale Partei im Dels-Wartenberger Wahlkreis und alle die da glauben, dass der Wahlkreis nicht eine Domäne des Herrn v. Kardorff ist, an der Candidatur Schulze-Delitzsch festhalten.

[Notizen aus der Provinz.] \* Steinau a. O. Von Seiten des liberalen Wahlcomites aus dem Wahlkreis Steinau-Wohlau-Gührau ist als Kandidat für den Reichstag der bisherige Landtags-Abgeordnete Herr Kreis-Chef-Director Gödel-Wohlau aufgestellt worden.

△ Reichenbach. Die Wahlagitation steht jetzt bei uns in voller Blüthe. Das Publikum wird förmlich von liberalen, social-demokratischen, conservativen und Agrar-Flugblättern überschüttet. Als Reichstagswahl-Candidaten sind bekanntlich aufgestellt: Von den Liberalen Fabrikbesitzer Dr. Websky in Wüst-Waltersdorf; von den Socialdemokraten Schriftsteller Kapell in Hamburg; von den Conservativen der Landesälteste Graf von Scherr-Thos auf Weigelsdorf.

+ Glad. Die „R. Geb.-Btg.“ erzählt: In Folge eines ehelichen Zwistes sprang am 22. d. M. die Frau eines Fabrikbesitzers zum Fenster ihrer im ersten Stockwerk auf der Brücke gelegenen Wohnung hinaus auf die Straße und fiel so ungünstig, dass sie sich einen Unterschenkel brach, eine Hand verstaumte und bedeutende Contusionen am Rücken davontrug. Durch diese Weihnachtsfeierlichkeit dürfte sich der überprudelnde Bonn bei seinen Ehegatten wohl gründlich gelegt haben.

## Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Gesetz, betreffend die Feststellung des Haushalt-Statut des Deutschen Reichs für das Vierteljahr vom 1. Januar bis 31. März 1877.

Vom 23. December 1876.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen &c. verordnen im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

I. Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushalt-Statut des Deutschen Reichs für das Vierteljahr vom 1. Januar bis 31. März 1877 wird in Aussage auf 102,126,711 Mark, nämlich auf 98,611,062 Mark an fortwährenden, und auf 3,515,649 Mark an einmaligen Ausgaben, und in Einnahme auf 102,126,711 Mark festgestellt.

Derselbe tritt dem durch die Gesetze vom 25. December 1875 (Reichsgesetzbl. S. 325) und 10. Februar 1876 (Reichsgesetzbl. S. 17) festgestellten Reichshaushalt-Statut für das Jahr 1876 in den einzelnen Capiteln und Titeln dergestalt hinzu, dass diese beiden Statut zusammen die einheitliche Grundlage der Rechnungslegung bilden, für welche rücksichtlich aller Einnahmen und Ausgaben des Reichs der Zeitraum vom 1. Januar 1876 bis 31. März 1877 als Eine Rechnungsperiode zu behandeln ist.

§ 2. Der diesem Gesetz als weitere Anlage beigefügte Besoldungs-Statut für das Reichsbank-Directoriun für das Vierteljahr vom 1. Januar bis 31. März 1877 wird auf 33,000 Mark festgestellt.

§ 3. Die in den §§ 3 bis 6 des Gesetzes vom 25. December 1875, betreffend die Feststellung des Haushalt-Statut des Deutschen Reichs für das Jahr 1876 (Reichsgesetzbl. von 1875 S. 325) enthaltenen Bestimmungen über die Ausgabe von Schatzanweisungen gelten auch für das Vierteljahr vom 1. Januar bis 31. März 1877.

§ 4. Die a. in dem Gesetz, betreffend die weitere Anordnung über Verwendung der durch das Gesetz vom 2. Juli 1873 zum Retablissement des Heeres bestimmten 106,846,810 Thaler und die zu diesem Zwecke ferner erforderlichen Geldmittel, vom 16. Februar 1876 (Reichsgesetzbl. S. 20) § 1 und § 2, Absatz 1 und 2, und b. in dem Gesetz, betreffend die Verwendungen aus der französischen Kriegsstoß-Entschädigung, vom 17. Februar 1876 (Reichsgesetzbl. S. 21) § 2 Absatz 1,

für das Jahr 1876 erteilten Ermächtigungen und getroffenen Bestimmungen dauernd für das Vierteljahr vom 1. Januar bis 31. März 1877 fort.

Die im dritten Absatz des § 2 des unter a. bezeichneten Gesetzes vom 16. Februar 1876, sowie die im § 2 Absatz 2, im § 3 und im § 4 Absatz 2 des unter b. bezeichneten Gesetzes vom 17. Februar 1876 in Bezug auf den Reichshaushalt-Statut für 1877 getroffenen Bestimmungen sind durch den Reichshaushalt-Statut für das Etatjahr 1877/78 (Gesetz vom 29. Februar 1876, Reichsgesetzbl. S. 121) zur Ausführung zu bringen.

Die Bestimmung im § 4 Absatz 1 des unter b. bezeichneten Gesetzes vom 17. Februar 1876 tritt erst vom Beginn des Etatjahrs 1877/78 ab in Kraft. Urkundlich unter Unserer Höchsteingehändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Siegel.

Gegeben Berlin, den 23. December 1876.

(L. S.)

Wilhelm.  
Fürst v. Bismarck.

8 Breslau, 29. Decbr. [Criminaldeputation. Presprozeß gegen die „Schlesische Volkszeitung.“] Die Nr. 256 der „Schlesische Volkszeitung“, ausgegeben am 8. November d. J., enthielt einen Leitartikel, „Bur Schulfrage“ betitelt. In jenem Artikel wurde die Verfügung der königl. Regierung zu Breslau vom 25. October d. J. reproduziert und Äußerungen daran geknüpft, wie sie eben dem Sinne der Schles. Volkszeitungspartei entsprechen. Die erwähnte Verfügung gibt genaue Anweisung für das Verhalten der Lehrer den Kathol. Geistlichen oder denjenigen Local- und Kreis-Schulinspektoren gegenüber, welche den Lehrer verlangen sollten, dass er befußt Abhaltung des ihm staatlicherseits übertragenen Religions-Unterrichts zuvor das tridentinische Glaubens-Bekenntniß erneuern oder den Nachweis einer sogenannten missio canonica führen sollte. Die Verfügung sagt, dass die Regierung, sobald solche Fälle zu ihrer Kenntnis gelangen werden, pflichtmäßig die Bestrafung der Kirchendiener auf Grund des §§ 2 und 5 des Gesetzes vom 13. Mai 1873 resp. § 10 des Gesetzes vom 12. Mai 1873 beantragen wird. Dem entgegen führt jener Artikel der „Schles. Volkszeitg.“ aus, „dass es Pflicht der Geistlichen sei, die Lehrer zur Erneuerung des tridentinischen Glaubens-Bekenntnisses event. durch kirchliche Strafen anzuhalten.“

Die Königliche Staatsanwaltschaft erblieb hierin eine Aufforderung zum Umgang gegen die Staatsgesetze und hat auf Grund des § 110 des Strafgesetzes bezw. der §§ 20 und 21 des Presgesetzes gegen den verantwortlichen Redakteur Adolf v. Wilczek Anklage erhoben.

In dem heut vor der II. Criminal-Deputation angestandenen Audienz-Termin nahm der Angeklagte, der sich bereits in der Voruntersuchung als Verfasser des Artikels bekannt hatte, bald nach Verlesung der Anklage das Wort zu seiner Vertheidigung. „Zum vierten Mal, so begann derselbe, siehe ich vor dem hohen Gerichtshofe, um mich wegen eines der Schule und das Schulaufsichtsgebet betreffenden Artikels zu verantworten. Ich soll nunmehr zum Umgang gegen die Staatsgesetze aufgerufen haben, also des Gesetzes, welches die Grenzen des Rechts im Gebrauch der kirchlichen Zucht- und Strafmittel staatlicher Rechte feststellt. Es ist nicht gesagt, gegen welchen Paragraphen dieses Gesetzes ich mich vergangen habe und durfte dies auch unmöglich sein, denn ich bin, wie dem hohen Gerichtshof aus meinen Urakten ist, wedel ein Geistlicher, noch ein Diener oder Beauftragter einer Kirche, die in jenem Gesetz angedrohte Bestrafung für Unwendung der kirchlichen Zuchtmittel, speciell der Excommunication findet also auf mich als Redakteur keine Anwendung. War hätte ich manchmal zur Verhängung der Excommunication große Lust und wäre dieselbe, wenn es mir als Redakteur gestattet wäre, dem Herrn Küpper, Schuppe, Wic und den oberbischöflichen Staatspäpfern gegenüber gern verfügen, aber ich besitze keinerlei kirchliche Gewalt, kann also auch die Staatsgesetze nicht vertreten und hoffe deshalb, der Gerichtshof wird sich, meiner Ansicht ansließend, diese Anklage niederschlagen.“

Herr Staats-Anwalt Warmbrunn hält dafür, dass die Verurteilung der Anklage gemäß erfolgen muss, denn dieselbe macht dem Angeklagten keinesfalls den Vorwurf die Staatsgesetze selbst verletzt zu haben, sondern stützt sich nur auf § 110 des Strafgesetzes. Wenn auch nur bedingungsweise in dem incriminierten Artikel auf die Anwendung der Excommunication hingewiesen wird, so liege darin unzweifelhaft eine Aufforderung zum Umgang gegen die Staatsgesetze. Er beantragt 150 Mark Geldstrafe event. 15 Tage Gefängnis.

Der Gerichtshof erkennt unter Annahme der von der Anklage und dem Herrn Staatsanwalt dargelegten Ausführungen auf 60 Mark Geldbuße, eventuell zehn Tage Gefängnis. Vernichtung des Artikels wird gleichzeitig verfügt.

## Substationen im Januar 1877.

Reg.-Bezirk Breslau.

Breslau, Grundstück 15 der Garvestraße, 8. Jan., 11 U., Stadtger. Breslau.

— Grundstück 27a der Matthiasstraße, 11. Jan., 11 U., Stadtger. Breslau.

Neu-Ulmansdorf, Grundstück 78, 30. Jan., 3 U. N.-M., Kr.-Ger.

Münsterberg.

Lomnitz, Grundstück 36, 4. Jan., 10 U., Kr.-Ger. Waldenburg.

Marenschin, Grundstück 11, 23. Jan., 3 U. N.-M., Kr.-Ger.-Deputat.

Trachenberg.

Breslau, Grundstück 50 der Hirschstraße, 15. Jan., 11 U., Stadtger. Breslau.

Lewin, Grundstück 84, 31 Jan., 3 U. N.-M., Kr.-Ger.-Comm. Lewin.

Breslau, Grundstück Band III, Blatt 131 des Grundbuchs der Viehweide, 12. Jan., 11 U., Stadtger. Breslau.

Gr.-Gohlau, Stelle 35, 10. Januar, 11 Uhr, Kr.-Ger. Neumarkt.

Rüders, Grundstück 165, 13. Jan., 10 Uhr, Kr.-Ger.-Comm. II. Reinerz.

Breslau, Grundstück Band IV, Blatt 201 des Grundbuchs der Ohlauer-

Borstadt, 18. Januar, 11 Uhr, Stadtger. Breslau.

Conradswaldau, Bauergrund 26, 26. Januar, 11 Uhr, Kr.-Ger. Brieg.

Briegischdorf, Grundstück 60, 62 u. 63, 19. Jan., 11 U., Kr.-Ger. Brieg.

Neg.-Bez. Liegnitz.

Herbersdorf, Riegel 79, 24. Januar, 10 Uhr, Kr.-Ger. Lüben.

Ziebendorf, Grundstück 6 und Nr. 52, Kniegnitz, 27. Januar, 10 Uhr, Kr.-Ger. Lüben.

Bersdorf, Grundstück 28, 4. Januar, 11 Uhr, Kr.-Ger. Jauer.

Neudorf, Grundstück 48, 10. Januar 10 Uhr, Kr.-Ger. Lüben.

Neg.-Bez. Oppeln.

Ober-Glogau, Grundstück 108, 30. Januar, 10 Uhr, Kr.-Ger.-Comm.

Kattowitz, Grundstück-Blatt 314, 26. Januar, 10 Uhr

